

Delegiertenversammlung BDP Schweiz

Samstag, 18. Oktober 2014, Reinach

Referat von Nationalrat Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz

Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Geschätzte Gäste

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Herzlich willkommen an der heutigen Delegiertenversammlung und herzlich willkommen in Reinach. Hier im Baselbiet, wo sich die BDP schon bald an kantonalen Wahlen bewähren will. Und hier im Baselbiet, wo wir auch an den nationalen Wahlen grosse Ambitionen hegen.

Ich freue mich, dass Sie heute den Weg hierher gefunden haben, und damit Ihr Interesse an der Gestaltung dieses Landes bekunden. Dies in einer Zeit, in der weltweit viele Menschen um ihre demokratischen Rechte kämpfen, ihr Leben dafür riskieren und opfern, während in der Schweiz unter dem Titel der Politikverdrossenheit rund die Hälfte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihre direktdemokratischen Rechte leider nicht wahrnimmt.

Dies, obschon sich unser Land in einer durchaus wegweisenden Phase befindet und wir mit grösster Sorgfalt die Weichen für die künftigen Generationen stellen müssen. In einer Zeit, in der unser Wohlstand einen zynischen Fatalismus auszulösen droht, indem wir uns aus unerklärlichen Gründen für unverletzbar halten und fälschlicherweise glauben, das Erfolgsmodell Schweiz sei eine in Stein gemeisselte Selbstverständlichkeit.

Fast vierteljährlich stellen wir inzwischen dieses Erfolgsmodell in Frage und damit auf die Probe, indem wir beispielsweise über Mindestlöhne, über 1:12 oder über die Einführung einer Einheitskrankenkasse abstimmen. Auch wenn solche Abstimmungen am Ende meistens zu den richtigen Resultaten führen und damit das Erfolgsmodell Schweiz bestätigen, so lösen sie dennoch für Aussenstehende immer wieder Unsicherheiten aus. Eher kopfschüttelnd wird beobachtet, wie ein Land sich trotz seines Erfolgs immer wieder hinterfragt.

Verstehen Sie mich richtig: Es ist selbstverständlich gut, wenn man den eigenen Erfolg regelmässig hinterfragt. Aber ich bin nicht sicher, ob wir das wirklich vierteljährlich tun müssen und gleichzeitig behaupten können, unser Land charakterisiere sich insbesondere durch Stabilität, Rechtssicherheit, Berechenbarkeit, Verbindlichkeit.



Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz

Wie berechenbar ist denn ein Land, das bewusst in Kauf nimmt, sein bilaterales Vertragswerk mit der Europäischen Union zu riskieren? Wie verbindlich ist ein Land, das laut darüber nachdenkt, aus der Europäischen Menschenrechtskonvention auszutreten? Wie rechtssicher ist ein Land, das sich ernsthaft darüber Gedanken macht, ob und inwiefern Völkerrecht verbindlich sein soll? Wie stabil ist ein Land, in dem die Abschaffung der Antirassismustrafnorm mehr oder weniger unkritisiert gefordert werden kann oder wo eine politische Partei ungehindert einen Internetpranger für Lehrerinnen und Lehrer betreiben darf?

Unserem Land droht nicht nur eine faktische Isolation, meine Damen und Herren, ihm droht vielmehr auch eine emotionale Isolation. Wechseln Sie einmal die Seite und überlegen sich, was Sie von einem westeuropäischen Land halten würden, das sich so verhält? Was würden Sie denken, wenn Österreich aus der Europäischen Menschenrechtskonvention aussteigen wollte oder Deutschland sich um Völkerrecht foutieren würde?

Es gibt Kräfte in diesem Land, die uns in eine staatspolitisch und wirtschaftlich fatale Situation bringen können, wenn nicht eine massive und deutliche Gegenbewegung entsteht. Dafür müssen verschiedene Bevölkerungskreise aufwachen. Allen voran diejenigen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die mehr oder weniger regelmässig der Urne fernbleiben und dadurch mit der Faust im Sack eine direktdemokratische Fremdbestimmung über sich ergehen lassen. Das ist fatalistisch, irgendwie sogar masochistisch.

Aufwachen müssen aber auch die Medien, welche sich nach wie vor grossmehrheitlich von einer Mischung aus Faszination und Neugierde treiben lassen. - Man kann doch nicht gleichzeitig fasziniert über eine Volksverführung berichten und am anderen Tag wieder selbstgefällig die Widerstände dazu verharmlosen. Man kann doch nicht nur von der Seitenlinie aus beschreiben, was gerade passiert, ohne irgendwann einen eigenen Standpunkt zu entwickeln – Farbe zu bekennen. Auch Medien sollten sich den Luxus einer eigenen Meinung leisten dürfen!

Wer das kritisiert und darauf hinweist, dass wir auf einem gefährlichen Pfad vor uns her torkeln, der wird als verzweifelter Nörgler hingestellt. Chefredaktoren, Politologen und andere selbsternannte Vordenker dieser Nation finden weiterhin alles nicht so schlimm. Löbliche Ausnahmen bestätigen die Regel. Anstatt über die möglichen Konsequenzen der anhaltenden Volksverführung nachzudenken, versteckt man sich hinter relativierenden Kommentaren, hinter Fragen, ob jetzt die Farbe „braun“ das Ganze richtig beschreibe oder nicht. Es wird genüsslich über einen verweigerten Handschlag geschrieben, statt festzustellen, dass die verweigte Diskussion eigentlich viel wesentlicher wäre. Denn wer neben dem Handschlag auch die Diskussion verweigert, dem fehlen offenbar die Argumente, und niemand kommt auf die Idee, diese Argumente einzufordern.



Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz

Warum wirft sich ausgerechnet die Eidgenössische Antirassismuskommission schützend ausgerechnet vor diejenige Partei, welche die Abschaffung der Antirassismusstrafnorm fordert?

Oder wie hätte beispielsweise der stellvertretende Chefredaktor der NZZ reagiert, wenn nicht der kleine BDP-Präsident, sondern der FDP-Präsident oder der Präsident von Economiesuisse den Mut aufgebracht hätten, nationalsozialistische Rhetorik beim Namen zu nennen?

Und wer genau hat jetzt wirklich die so genannten „Nazikeule“ geschwenkt? Die Präsidenten von BDP und SP oder allenfalls der SVP-Chefstrategie, der schon vor Jahren Jean-Claude Juncker, damals noch Premierminister von Luxemburg, mit Hitler verglichen hat. Niemand will sich daran erinnern.

Und niemand scheint beispielsweise Christoph Blochers Rede vom 20. Juni 2014 im Wägital gelesen zu haben.

Dort wird vor „wichtigtuersischen Volksverführern“ gewarnt und zum „Widerstand“ aufgerufen. Unsere Regierung und die Mehrheit des Parlaments wollten die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbständigkeit unseres Landes kaputt machen. Diesem schändlichen Treiben sei ein Ende zu setzen. Die Situation sei ausserordentlich ernst. Diese Machenschaften gegen die Freiheit, Sicherheit und den Wohlstand unseres Landes seien zu beenden. Denn ausländische Machthaber sollen über uns herrschen.

*Es sei jetzt Schuss mit all den üblen, undemokratischen, an Diktaturen erinnernden Ränke-
spielen. Wir hätten hoch angesehene Staatsrechtler und Professoren, die mit über lange Zeit
verheimlichten und öffentlichen Gutachten unseren Diktatoren eine Rechtfertigung geben.
Wir hätten Bundesrichter, die das Völkerrecht über das vom Volk gewollte Landesrecht stel-
len. – Das nenne man Diktatur.*

*In Bundesbern werde die Schweiz preisgegeben. Es sei das politische Ziel des Bundesrates
und der überwiegenden Mehrheit des Parlaments, die schweizerischen Staatssäulen nieder-
zureissen. Es werde alles unternommen, damit das Volk einen EU-Beitritt nicht verhindern
könne. Die direkte Demokratie soll abgeschafft werden. Verwaltung, Regierung, Parlament
und Richter würden sich über die Bürger hinwegsetzen. Alle drei Staatsgewalten hätten sich
aufgemacht, den Willen des Volkes zu missachten, zu umgehen, auszutricksen und schliess-
lich auszuschalten. - Für schweizerische Verhältnisse heisse dies Diktatur.*

Haben Sie in den Medien gelesen, wie heftig solche Aussagen kritisiert worden sind? Haben Sie die lauthalse Kritik der Chefredaktoren und Politologen gehört? – Nein, denn sie hat praktisch nicht stattgefunden.



Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz

Aber genau das, meine Damen und Herren, nenne ich nationalsozialistische Rhetorik - so lange und so oft ich will. Und genau die Reaktionen, bzw. die Nicht-Reaktionen auf solche Aufwiegelungen erinnern mich an die Dreissiger Jahre. Mit solchen absurden Theorien und Lügen werden auf gefährliche Art und Weise Menschen in diesem Land aufgehetzt. Wer solchen Unsinn erzählt, der verhöhnt damit nicht nur unsere Institutionen, sondern auch unser seit 1848 bewährtes politisches System. Er ignoriert die Gründe, warum es uns heute so gut geht. Er schwächt das Erfolgsmodell Schweiz auf völlig unnötige Art und Weise. Und er scheint nicht zu verstehen, dass ein isoliertes Land letztlich seine Souveränität gefährdet.

Souverän sein heisst doch nicht, sich vom Rest der Welt abzunabeln. Und patriotisch sein heisst nicht, den Rest der Welt zu verachten. Ein souveränes, eigenständiges Land muss weltoffen sein. Ein souveränes, eigenständiges Land will ernst genommen werden. - Wer hat uns denn in die peinliche und würdelose Situation gebracht, dass jetzt der Bundesrat im Namen des Souveräns nach Brüssel kriechen muss und dort auf den Knien betteln darf, ob bitte nicht jemand mit uns über die Personenfreizügigkeit verhandeln möchte?

Die Schweiz ist nun einmal mitten in Europa. Das ist unser geographisches Schicksal. Die Schweiz ist ein europäisches Land – europäisch mit einem kleinem „e“. Und wenn wir richtigerweise nicht Mitglied der Europäischen Union werden wollen, dann müssen wir mit ihr – ob uns das gefällt oder nicht – eine vernünftige vertragliche Partnerschaft etablieren. Man kann diesen bilateralen Weg als Königsweg bezeichnen oder nicht; aber es ist der einzige vernünftige Weg.

Denn rund um uns herum ist Europa. Und ausgerechnet wir – mitten in Europa – sollen uns isolieren? Meine Damen und Herren, wenn der bilaterale Weg als Option für unser Verhältnis zu Europa wegfällt, dann bleiben nur noch die Isolation oder der EU-Beitritt. Und dann ist es eine Frage der Zeit, bis die Isolation derart schmerzhaft wird, dass viele von uns widerwillig die Frage stellen werden, ob nicht der EU-Beitritt das kleinere Übel wäre. Denn wenn wir die Bilateralen versenken, werden wir sie nicht Jahre später wieder hervorzaubern können. Wenn wir also zulassen, dass uns Christoph Blocher und seine SVP in die Isolation führen, kann dies am Schluss zum EU-Beitritt der Schweiz führen.

All diese Konsequenzen, diese hetzerische Rhetorik, diese volksverführerischen Mechanismen müssen aufgezeigt werden. Und dafür darf man sich nie entschuldigen müssen. Denn das gehört unter anderem zur Verantwortung einer lösungsorientierten Partei wie der BDP. Wir haben uns entschieden, dass wir nicht zu den untätigen Feiglingen und Gaffern gehören wollen, die dies einfach unkommentiert zur Kenntnis nehmen. Und wir haben – namentlich in der vergangenen Herbstsession – Lösungen und Konzepte aufgezeigt, wie den aktuellen Herausforderungen begegnet werden kann. Und wir haben keine Angst davor, letztlich dem Volk das letzte Wort zum Verhältnis zwischen der Schweiz und Europa zu überlassen. Denn wir sind davon überzeugt, dass unser Land den Mut haben wird, weiterhin vorwärts zu gehen.



Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz

Es braucht jetzt Mut, mutige Menschen und eine mutige Politik. Und wer den Mut hat aufzuwachen, der hat spätestens im Herbst 2015 die Gelegenheit dazu. – Und ja, das ist jetzt mein erster Wahlkampfaufruf: Wer den Mut hat, die Mutigen bei ihrem Kampf gegen die Isolation der Schweiz zu unterstützen, der soll die BDP wählen und damit ihre lösungsorientierte und zukunftsgerichtete Politik stärken. Nichts tun und schweigen gilt nicht. Zuschauen geht nicht.